

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 18.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 3. Mai 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kaballeriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nden, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Zentralverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Zur Schandtat des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Krefeld.

### Die Lage in Krefeld.

Seit 10 Wochen stehen jetzt die Färber im Streik. Ihre Lage verschlechtert sich mit jedem Tage. Es ist 100 gegen 1 zu wetten, daß sie eine Niederlage erleiden. Sie müssen die Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes dafür verantwortlich machen, die den Kampf Woche um Woche hinauf, anstatt ihn zum richtigen Zeitpunkt abgebrochen zu haben.

Die Taktik des sozialdemokratischen Verbandes steht in der Geschichte der modernen Arbeitskämpfe einzig da. Noch niemals sind die gewerkschaftlichen Regeln und Grundsätze derart in den Wind geschlagen und vergewaltigt worden. Noch niemals wurden die Gewerkschaftsgelder derart verpulvert. Bei dem Streik im Ruhrrevier im Februar vergangenen Jahres konnte dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande wenigstens das zum Lobe angerechnet werden, daß er den Streik nach kurzer Dauer abbrach. In Krefeld dagegen hält der sozialdemokratische Textilarbeiterverband den Streik immer wieder hin, obwohl die Niederlage der Arbeiter mit den Händen zu greifen ist. Von derartigen gewerkschaftlichen Verbänden ist die organisierte Arbeiterschaft bisher Gott sei dank verschont geblieben.

### Die Arbeitgeber

beharren auf ihrem Standpunkte. Sie sind entschlossen, den Kampf mit dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande unter allen Umständen durchzuführen. Sie haben sich gegenseitig die weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert. Die bestreikten Färbereibesitzer erhalten vom Verbande der rheinischen Seidenindustrie für jeden fehlenden Arbeiter 3 Mark pro Tag vergütet. Mittlerweile hat sich auch die neugegründete „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ der Sache angenommen. Sie hat den Färbereibesitzern nicht bloß ihre moralische Unterstützung zugesagt, auch ihre Streikversicherungskassen werden in Wirksamkeit treten. Damit hat sich die Lage für die streikenden Färber weiter wesentlich verschlechtert. Für die halbwegs vernünftigen Färber muß es nun klar sein, daß sie ihre Sache verloren geben müssen. Sie haben es nun mit dem gesamten organisierten Unternehmertum zu tun. Die Vereinigung tritt in Krefeld zum ersten Male in Aktion. Sie wird sich hier „ihre Sporen verdienen“ wollen. Die Macht der Krefelder Färbereibesitzer ist also außerordentlich gestärkt worden. Wenn der sozialdemokratische Textilarbeiterverband noch ein Fünkchen von Verantwortlichkeitsgefühl hätte, würde er dem Kampf jetzt ein Ende machen. All die Opfer, die der Kampf schon verschlungen hat und noch weiterhin erfordern wird, sind für nichts und wieder nichts gebracht. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband handelt über alle Maßen gewissenlos.

### Die Zahl der Arbeitswilligen

wächst mit jedem Tage. In der vergangenen Woche nahm die Zahl der in den Färbereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen folgende Entwicklung:

Krefelder		Auswärtige	Summa
männlich	weiblich		
April 14.	161	90	238
15.	208	111	305
17.	?	?	668
18.	245	128	310
19.	246	131	326
21.	252	137	325
22.	285	143	327
23.	?	?	760
24.	311	150	837
(inkl. Auswärtige)			
25.	989	262	1251

### Unter den Beschäftigten befindet sich eine ganze Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes.

Die sozialdemokratische Presse behauptet, es seien nur 10 „Abtrünnige“ zu verzeichnen. Das ist nicht wahr. Nach einer einwandfreien Zählung waren es schon am Samstag, 19. April, also vor 14 Tagen, rund 50 Arbeiter und Arbeiterinnen allein aus Krefeld, die im Verbande „deutscher“ Textilarbeiter organisiert waren und wieder arbeiteten. Heute sind es mindestens einige Hundert. Die Leitung des Verbandes sah sich gezwungen, die Streikunterstützung um 1 M. zu erhöhen, und der sozialdemokratische Konsumverein mußte für jede Familie einen Sack Kartoffeln stiften, um die Abbröckelung aufzuhalten. Auch unter den von auswärts zugezogenen Arbeitswilligen befinden sich mehrere Genossen. Genauere Angaben konnten wir darüber noch nicht erbringen, jedoch scheinen es nicht ganz wenige zu sein. Denn die sozialdemokratische Presse sieht sich gezwungen, vor Krefeld zu warnen, weil „selbst mehrere Genossen auf die Unternehmer-Türsteine hereinfielen.“

### Unsere Mitglieder

arbeiten fast sämtlich wieder. Die Behauptungen der sozialdemokratischen Presse, daß nur rund 30 bis 40 Christliche die Arbeit aufgenommen hätten und die übrigen mit den anderen streikenden Färbem solidarisches stünden, ist von A bis Z unwar. Es sind über 100 in unserem Verbande organisierte Färber an der Arbeit. Nur einige Kollegen sind infolge des Terrorismus der Genossen oder aus anderen Gründen nach außerhalb der Betriebe. Auch die Zahl der aus unserem Verbande ausgetretenen Färber wird in der sozialdemokratischen Presse übertrieben. Es wurden 60—70 Färber aus unserm Verbande ausgeschlossen, weil sie der Verbandsparole von vornherein nicht gefolgt sind und nicht einmal den Versuch unternahmen, zu arbeiten. Diese hatten sich selbst aus dem Verbande ausgeschlossen. Sie sind meistens zu den Sozialdemokraten übergetreten. Wir weinen den Leuten keine Träne nach. Innerlich haben sie nie zu uns gestanden. Mag der sozialdemokratische Verband sich solcher Mitglieder erfreuen, die versagen und zu Renegaten werden, wenns darauf ankommt, der Parole und den Grundsätzen des eigenen Verbandes praktisch Geltung zu verschaffen. Wenn er viele solcher Mitglieder hat, steht es mit ihm sehr schlecht. Uebrigens gehörte ein großer Teil von denjenigen, die jetzt ausgeschlossen werden mußten, früher bereits dem sozialdemokratischen Verbande an. Sie hatten sich vor Jahren mit der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes überworfen und sind dann zu uns gekommen. Würden wir sie damals gleich abgewiesen haben, hätten wir besser getan. Jetzt sind sie wieder dorthin gegangen, woher sie gekommen sind und wohin sie gehören. In unserem ganzem Verbandsgebiete und namentlich im Krefelder Bezirk ist die Stimmung sehr günstig. In einigen Ortsgruppen stehen den Austritten mehr als die doppelte Zahl die Ein- und Uebertritte gegenüber. Unser Verband wird gestärkt aus der Krefelder Bewegung hervorgehen.

Die Lage ist also für die streikenden Färber die denkbar schlechteste. Die Arbeiterschaft wird durch allerlei Manöver

### über die Wirklichkeit hinweggetäuscht.

Vor allem mit einer müßigen Hege und der gemeinsten Verleumdung unserer Organisation und ihrer Leiter. Unsere Mitglieder aber werden sich davon nicht imponieren lassen. Es steht sehr schlecht um eine Sache, die mit solchen bodenlosen Gemeinheiten verteidigt

werden muß. Durch direkt unwahre Darstellungen über den Stand des Streiks, durch Ausstreuen allerlei haltloser Gerüchte sucht man die streikenden Arbeiter irre zu führen und zum Ausharren zu ermuntern. Es ist einfach unverständlich, daß viele Färber den Versicherungen der Streikleitung Glauben schenken. Die armen Leute müssen geradezu blind sein. Leider werden ihnen jedenfalls erst dann die Augen aufgehen, wenn es zu spät ist. — Wohl um den versinkenden Mut der Streikenden aufzufrischen, hatten die Genossen das Gerücht ausgestreut, die Färbereibesitzer hätten vertrauten Personen gegenüber versichert, daß sie noch wesentliche Lohnerhöhungen bewilligen würden. Darauf ist, wie einige Arbeiter berichten, der Beamte Müller des Hirsch-Duncker'schen Textilarbeiterverbandes beim Arbeitgeberverbande vorstellig geworden. Dort ist ihm folgendes zur Antwort geworden: Weitere Ingeständnisse werden unter keinen Umständen gemacht. Stellen Sie sich auf den Boden der Vereinbarung, die wir mit dem christlichen Textilarbeiterverbande getroffen haben und fordern sie ihre Leute auf, an die Arbeit zu gehen. Da soll der Herr Müller mit einem schrecklich langen Gesicht abgezogen sein. Man sieht auch in diesem Vorkommnis wieder die Entschlossenheit der Arbeitgeber. Die letzte Hoffnung auf einen weiteren Erfolg zerrinnt den betörten Färbereiarbeitern zwischen den Fingern. Der sozialdemokratische Verband aber hält den Streik hin. Arbeiterverräter!

Unterdessen suchen die fanatisierten Genossen mit allen

### Mitteln des Terrorismus

unsere Mitglieder von der Arbeit abzuhalten. Ansammlungen, Belästigungen und Bedrohungen kommen häufig vor. Eine ganze Anzahl Bestrafungen sind bereits erfolgt; gerichtliche Verfahren sind mehrere eingeleitet. Unsere Mitglieder müssen und werden von den Behörden soviel Schutz verlangen, daß sie vor Insulten fanatisierter und roher Gesellen geschützt sind und unbehindert ihrer Arbeit nachgehen können. Für die Folgen muß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband verantwortlich gemacht werden.

Manche Vorkommnisse in Krefeld erinnern an den verkrachten Ruhrbergarbeiterstreik 1912. Wie damals im Ruhrrevier schickten auch in Krefeld die fanatisierten Genossen ihre Frauen und Kinder vor.

So wird der „Niederheinischen Volkszeitung“ vom 17. April unter der Stichmarke „Sozialdemokratische Feigheit“ geschrieben:

„Gestern abend gingen einige Genossen dazu über, Kindern, die auf dem Plage vor dem Bahnhofe spielten, Versprechungen zu machen, damit die Kinder einem heimkehrenden christlich organisierten Färber „Streikbrecher“ zuriefen. Die Methode erinnert an den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, wo die „Genossen“ auch Frauen und Kinder vorshoben, um selbst in Sicherheit zu sein. Für ein Vorgehen, das die Kinder zum Beschimpfer Anderer anleitet, kann jeder anständige Mensch, auch jeder anständige „Genosse“ nur ein Pfui! haben.“

Demselben Blatte wird noch weiter geschrieben: „Mit welchem Terrorismus seitens der streikenden Färber gegen Arbeitswillige vorgegangen wird, beweist wieder einmal folgender Vorfall:“

Bei einem Arbeitswilligen der Firma A. B. & Co. erschien abends nach Feierstunde ein streikender Färber und stellte sich mit folgenden Worten vor: Ich komme im Auftrage des Verbandes. Warum arbeiten Sie? Als der Arbeitswillige diese Frage nicht beantwortete, legte der Genosse mit Drohungen los, die darin gipfelten, daß man dem Arbeitswilligen die Knochen zerschlagen und eine blaue Bohne in den Leib jagen wolle, wobei er eine Pistole hervor-

zog. Damit noch nicht genug, stellte er den Arbeitswilligen seinen Wirtsleuten gegenüber als einen aus Brauweiler entsprungenen, arbeitscheuen Menschen dar und beliedigte ihn auch noch als Brandstifter. Die Wirtsleute entließen darauf den Arbeitswilligen, und dieser war gezwungen, sich am selben Abend — begleitet von einer größeren Menschenmenge — eine neue Wohnung zu suchen. Glücklicherweise ist der streikende Färber gefast worden, aber derartige Fälle ereignen sich auf halbed Tag für Tag, wobei es aber nicht immer gelingt, die Urheber derartiger Vorkommnisse festzustellen. — Durch vorerwähnten Fall wird wieder schlagend bewiesen, mit welchem Terrorismus gegen Arbeitswillige vorgegangen wird, besonders die auf halbed gelegenen Färbereien können ein Liedchen davon singen. Die sozialdemokratische „Volkstribüne“ mag diese Tatsachen ableugnen so viel sie will, es nützt ihr nichts. Diese Verleumdungen und Drohungen dienen gewiß nicht den Interessen der streikenden Färber; diese graben sich hierdurch selbst ihr Grab, das ihnen sicher ist. Vorstehende Schilderung schließt sich an den sozialdemokratischen Terror im Falle Pischmann würdig an; nur die maßlosen Verleumdungen haben diesen Mann in den Tod getrieben. Tatsache ist, daß diesem Mann von den Genossen zugefetzt worden und er nicht in Ruhe gelassen worden ist. Beschönigungen und Verdrehungen helfen hier nichts; die Genossen haben den Tod des Mannes auf ihr Konto zu buchen.

### Immer noch die Streikarbeit im Wuppertale.

#### Die Streikarbeit auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes vorhergesagt.

Die Tatsache des Streikbruchs kann der sozialdemokratische Textilarbeiterverband auch mit den größten Schimpereien und den dicksten Lügen nicht aus der Welt schaffen. Es ist nur verwunderlich, daß einige Mitglieder des sozialdemokratischen Streikbruchsverbandes den Ableugnungen Glauben schenken. Es liegt doch klar auf der Hand, daß irgendwas Streikarbeit gemacht werden muß, denn wie könnten sonst die Webereien ihren Betrieb aufrecht erhalten? Es muß also Streikarbeit gemacht werden. Und sie wird vornehmlich im Wuppertale gemacht.

Schon auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes im Jahre 1912 in Stuttgart hat ein Delegierter aus Krefeld gebeten, die Verbandsleitung möge doch bei dem im Herbst zu erwartenden Färbekampfe verhindern, daß im Wuppertale Streikarbeit gemacht werde. Es war der Delegierte Flieger-Krefeld. Auf der Generalversammlung stand ein Antrag zur Beratung, für das ganze Verbandsgebiet eine große Färbearbeiterkonferenz abzuhalten. Flieger begründete den Antrag wie folgt:

„Es ist notwendig, den Antrag wegen der großen Verbreitung der Färberei anzunehmen. In Krefeld ist es vorgekommen, daß die Kollegen Streikarbeit verrichten mußten, ohne daß sie eine Ahnung davon hatten. Kollege Brüggemann hat schon darauf hingewiesen, daß wir in der Färberei im Herbst zweifellos einen großen Lohnkampf haben werden. Die Elberfelder Arbeitererschaft wird davon nicht betroffen werden und voransichtlich bestimmt sein sollen, die Streikarbeit für unsere Unternehmer zu leisten.“

Sonderbarerweise hat weder ein Vertreter des Zentralverbandes noch ein anderer Delegierter zu diesen Äußerungen des Krefelders Stellung genommen. Die Befürchtungen Fliegers, daß die Wuppertaler Genossen „vorausichtlich dazu bestimmt sein sollen“, Streikarbeit zu machen, hat sich vollumfänglich bestätigt. Daß man angesichts dieser Dinge die Streikarbeit noch zu leugnen wagt, ist doch sehr stark.

Das Organ der Sozialorganisierten, die „Einigkeit“, kommt in ihrer Nr. 19 wiederum auf die Streikarbeit zu sprechen. Der Artikel ist so interessant, daß wir ihn hier zum Teil wiedergeben.

„Die ausgeperrten Weber sind“, so schreibt das Blatt, „größtenteils wieder eingestellt, ein Beweis dafür, daß es an gefährten Strängen nicht allzu sehr mangelt. Worauf kann dieser Zustand wohl zurückgeführt werden?“

Die Vereinigung der Färber, unsere Organisationsgenossen, haben schon vor drei Wochen in Elberfeld und Barmen ein Flugblatt verbreitet, durch welches sie die Färber dieser Orte aufpöbelten, sich mit den Krefelder Färbereiarbeitern solidarisch zu erklären, daß sie keine Waren für Krefeld färben. Es war ihnen bekannt, daß täglich mehrere Eisenbahnwaggons gefärbter und ungefärbter Waren auf dem Bahnhof Steinbeck-Elberfeld von und nach Krefeld ent- und beladen wurden.

Dieses Flugblatt hat nun aber die Elberfelder Zeitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes arg verächtelt. Sie will es nicht wahr haben, daß es Streikarbeit ist, die in diesen Orten von ihren Mitgliedern für Krefeld angefertigt wird. In Elberfeld, Barmen, Ronsdorf usw., alles Orte unweit des Streikortes, werden deswegen Ueberstunden von den Arbeitern geschonnt und so

den Krefelder Scharfmachern aus der Patzche geholfen. Damit nun aber diese Arbeiter ja nicht auf den Gedanken kommen, daß sie Streikarbeit leisten und dadurch ihren eigenen Berufsgenossen und Verbandskollegen in Krefeld in den Rücken fallen, so daß diese schließlich bis zum St. Nimmerleinstag streiken können, macht sich ein dazu Beauftragter in der Elberfelder „Freien Presse“ dabei und klärt diese Leute auf.

Es heißt unter Lokales der Nr. 79 vom 5. April des genannten sozialdemokratischen Blattes, in derselben Spalte, wo zum Protest gegen den „Rüstungswahnsinn der Regierung“ aufgefordert wird:

„Ueber das Thema „Streikarbeit in Krefeld“ herrscht selbst in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft große Unklarheit. Weil Abnehmer der Krefelder Industrie jetzt ihre Arbeiten nach Elberfeld und Barmen geben und dadurch eine größere Beschäftigung herbeigeführt wird, glauben viele Arbeiter, daß sei Streikarbeit und eine Benachteiligung der ausgeperrten Krefelder Arbeiter. Das gerade Gegenteil ist es. Je mehr Abnehmer den Krefelder Fabrikanten ihre Aufträge entziehen und diese wo anders machen lassen, um so eher kommen die Krefelder Textilarbeiter in die Klemme und zur Bestimmung, um das Aeußerste zu verhindern. Würden die Wuppertaler Arbeiter die Arbeit verhindern, so schädigten sie damit nicht die Unternehmer, sondern die Ausgeperrten. Den Krefelder Unternehmern wäre es wohl recht, wenn die Besteller ausschließlich auf Krefeld angewiesen wären, dann könnten sie die Ausperrung so lange ausdehnen wie sie möchten.“

Sonderbare Logik! werden unsere Leser sagen. Mit derselben tiefgründigen Weisheit, wie sie hier ein sozialdemokratisches Blatt bezüglich des Streiks für Krefeld verzapft, läßt sich schließlich jeder Streikbruch, jede Tat eines Arbeitswilligen und jede Handlung von Unternehmern gegen Arbeiter rechtfertigen. Es kommt in diesem Fall doch nicht darauf an, daß 18000 Ausgeperrte, die keinerlei Forderungen gestellt haben, wieder gnädigt in die Betriebe aufgenommen werden, weil die Färbereien in Elberfeld usw. für Material sorgen, sondern daß die 2800 Färber, die in Krefeld eine Lohnforderung usw. gestellt haben und deswegen seit dem 22. Februar im Streik stehen, unter solchen Umständen überhaupt keine Aussicht auf Erfolg haben.

Die Redaktion der „Freien Presse“ weiß das ebenso gut wie wir, sie steht aber im Dienste der Zentralverbände und hat, ob mit oder ohne Ueberzeugung, deren Taktik zu stützen. In ellenlangen Artikeln wird sonst den Arbeitern, und zwar sehr richtig, erzählt von der Geschlossenheit und Solidarität der Unternehmer, die in Zeiten des Kampfes der Arbeiter sich gegenseitig leicht zu verständigen wissen über die Maßnahmen, die sie dagegen treffen wollen. In diesem Fall sollen aber die Färbereibesitzer in Elberfeld, Barmen und Ronsdorf aus reinem Egoismus und des finanziellen Vorteils willen ihre Krefelder Unternehmerkollegen ein Bein stellen, so daß, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen, sie nur schnell die Forderungen der Streikenden bewilligen. Das ist offener Betrug, den sich das Blatt mit seiner „Aufklärung“ leistet, eine Handlung, die gar nicht niedrig genug gehängt werden kann.“

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

### Trostloses Glend, hoffnungsloses Ringen in den Domänen des sozialdemokratischen Streikbruchsverbandes.

Der sozialdemokratische Streikbruchsverband begründet seinen Arbeitererrat in Krefeld u. a. damit, daß er sagt, in den Krefelder Färbereien sei eine entsetzlich niedrige Entlohnung. Darum müsse der Kampf durchgesetzt werden. In seinen eigentlichen Domänen dagegen kneist der sozialdemokratische Streikbruchsverband allenhalben bei größeren Kämpfen. Und dennoch sind hier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse über alle Maßen traurig. Wir geben hier ein Stimmungsbild wieder, das vor einigen Jahren in dem Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, dem „Grundstein“, zu finden war. Da heißt es:

„Von dem tiefen und grausen Glend, in dem sich die Weberbevölkerung befindet; kann sich nur der eine richtige Vorstellung machen, der sich bemüht hat, die unendlich traurigen Lohn- und Lebensverhältnisse dieser tief bedauernswerten Arbeitergruppe aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Ganz besonders schmerzhaft liegen die Verhältnisse im Rüstungsrunde, wo Hungerlöhne im vollen Sinne des Wortes gezahlt werden. Lange Arbeitszeit und wenig Lohn bilden die Charakteristik für den ganzen Rüstungsrund. Worte vermögen das Glend nicht zu schildern, darum überlassen wir es den Lesern sich selbst aus Zahlen ein Urteil zu bilden. Hier sind die zahlreichsten Belege für das im Rüstungsrund herrschende Weberglend, die aus Lohnstatistiken gewonnen worden sind:

Auf vierbindigen Doppelpöper, dreigängig, zweifädig, 117 cm Blattbreite, 30 Schuß Einschlag pro Zoll, glatt, vierstäufig, viertrittig, wurden sechs Mark Wochenverdienst in 79 Arbeitsstunden erzielt. Der Lohn beträgt 10 Pfg. pro Meter (Meeraner Tarif 9,5 Pfg.) — Auf Krepp, dreigängig, zweifädig, 100 cm Blattbreite, 27 Schuß Einschlag pro Zoll, glatt, achtstäufig, achtritrig, sechs Mark Wochenverdienst in 78 Stunden. Lohn 10 Pfg. pro Meter. (Meeraner Tarif 7,5 Pfg.) Auf dreibindigen Körper mit Atlas, achtgänglich, zwei- und dreifädig, 94 cm Blattbreite, 50 Schuß Einschlag pro Zoll, kariert, bei jedem Schuß Schußwechsel, zwölf-

schäftig, zwölftrittig, zweibäumig, sechs Mark Wochenverdienst in 81 Stunden. Lohn 9 Pfg. pro Meter. (Meeraner Tarif 17,5 Pfg.)

Auf dreibindigen Körper, achtgänglich, zwei- und sechs-fädig, 96 cm Blattbreite, 52 Schuß Einschlag pro Zoll, kariert, sieben Schützen, achtstäufig, zwölftrittig, zweibäumig, zehn Mark Wochenverdienst in 150 Stunden. (Hier haben Mann und Frau auf zwei Stühlen gearbeitet.) Lohn 14,8 Pfg. pro Meter. (Meeraner Tarif 14,6 Pfg.) — Auf vierbindigen Doppelpöper, achteinhalbgängig, zweifädig, 102 cm Blattbreite, 66 Schuß pro Zoll, kariert, fünf Schützen, vierstäufig, viertrittig, einbäumig, sechs Mark Wochenverdienst in 75 Stunden. Lohn 12,6 Pfg. pro Meter. (Meeraner Tarif 15,5 Pfg.)

Auf Krepp mit Schleifen, dreieinhalbgängig, zwei- und einfädig, 102 cm Blattbreite. 26 Schuß pro Zoll, kariert, fünf Schützen, neunstäufig, neuntrittig, einbäumig, zehn Mark Wochenverdienst in 153 Stunden (Mann und Frau zusammen). Lohn 10 Pfg. pro Meter. (Meeraner Tarif 8,5 Pfg.) — Auf drei- und sechsbindigen Atlas, fünfgängig, zwei- und dreifädig, 95 cm Blattbreite, 56 Schuß pro Zoll, kariert, drei Schützen, zwölfstäufig, zwölftrittig, sechs Mark Wochenverdienst in 77 Stunden. Lohn pro Meter 19 Pfg. (Meeraner Tarif 14 Pfg.) — 15 Stühle erzielten einen Gesamtlohn von 81 Mark, das ist 5,60 Mark Durchschnittslohn für einen Stuhl und 7,55 Mark für eine Familie, während bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 75,7 Stunden pro Woche sage und schreibe 7,36 Pfg. auf eine Stunde kommt.

Dieses Glend ist aber nicht etwa nur im Rüstungsrunde daheim. Es ist vielmehr überall zu finden, wo die Hausweberei ausgebreitet ist. So wird aus Hohenstein-Ernstthal gemeldet: „Noch haben sich die hiesigen Weber nicht von der schweren Krise erholt, die sie in so furchtbarer Weise vor zwei und drei Jahren heimsuchte, und schon wieder stehen sie vor einer solchen, fast ebenso schweren. Was es für einen Familienvater heißt, bei einem Verdienst von höchstens 12 bis 13 M. durchschnittlich pro Woche bei gutem Geschäftsgang, womit man kaum die allernotwendigsten Bedürfnisse decken kann, noch Zeiten durchmachen zu müssen, wo monatelang Verdienste von M. 3 und 4, höchstens mal 6 und 7 M. vorkommen, kann nur der vollständig ermessene, der es selbst durchmacht. Diesmal betrifft die Krise nicht nur die Webbranche, sondern hat auch die Strumpfbranche und die mit derselben zusammenhängende Nadelbranche in der gleichen Weise betroffen. Vor einigen Jahren konnte eine Anzahl Weber sich der Strumpfbranche zuwenden, da diese zur Zeit flott ging. Diesmal ist dies nicht der Fall. So herrscht denn gegenwärtig wieder in einer großen Anzahl von Familien die größte Not, die bis ans Hungerleiden geht.“

Wer mit den Zuständen in der Lausitz vertraut ist, weiß, daß es in der Umgegend von Bittau, in der Gegend der Pflege und anderen Orten nicht viel besser bestellt ist, daß das Weberglend auch dort zu Hause ist.

Trostloses Glend, hoffnungsloses Ringen um die nötigsten Bedürfnisse spricht aus den obigen Angaben. Mit 6 M. Wochenlohn soll ein Familienvater eine ganze Familie ernähren. Es würden wahrhafte Glendsschilderungen werden, würden die Leidensgeschichten dieser armen Hausweber niedergeschrieben werden.“

Wenn das in Krefeld verpulverte Geld für diese armen Teufel aufgewendet würde — wahrhaftig, es wäre besser angelegt.

### Das Reichswohnungsgesetz unter dem Tisch.

Seit vielen Jahren verlangen einsichtige Sozialpolitiker und Wohnungsreformer und mit ihnen weite Kreise des Volkes, daß das Wohnungswesen reichsgefehrlich geregelt und insbesondere eine Wohnungsreform zugunsten der Winderbemittelten unseres Volkes mit Hilfe des Staates und der Gemeinden durchgeführt werde. Auf keinem Gebiete der Sozialreform ist der Gegensatz zwischen Verlangen und Gewahren so groß wie in der Wohnungsfrage. Ganze Bibliotheken, Bücher und Schriften sind darüber geschrieben und ungemein viel ist dazu geredet worden, geschehen ist aber noch wenig.

Ganz abgesehen von den großen Schwierigkeiten einer umfassenden, gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens sehen an der Boden- und Kapitalpekulation interessierte Kreise dem auch Widerstand entgegen. Die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangene Parlamente der süddeutschen Staaten wie auch der Reichstag haben sich jedoch längst durch Annahme von Resolutionen und Anträgen für eine gesetzliche Regelung des Wohnungswesens ausgesprochen.

Der verfloßene Reichstag unternahm in dankenswerter Weise wieder einen Vorstoß auf diesem Gebiete. Er setzte im März 1912 eine besondere Kommission ein zur Beratung einer Reihe von Anträgen aus der Mitte des Hauses; diese stellte sich, gegenüber reservierenden Äußerungen vom Regierungstische aus, auf den Standpunkt: das Reich ist kompetent. Von dieser Kommission und vom Reichstag wurde dann die Vorlage eines Gesetzentwurfes verlangt, mit Mindestvorschriften zur gesundheitlichen und sittlichen Ausgestaltung des Wohnungswesens, die Einführung einer Wohnungsaufsicht, die Bereitstellung von Geldmitteln, wie von Baugefänden im Erbbaurecht. Das Vorgehen des Reichstags berechtigte zu der Hoffnung, daß man nun endlich weiterkommen werde, zumal auch Vertreter der Regierung, insbesondere solche des Reichsamts des Innern, sich in entgegenkommender Weise geäußert und ihre Mitwirkung zugesagt hatten.

**Textilarbeiterinnen Deutschlands! Das Organ des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes behauptet in seiner Nr. 16 vom 18. April, ein Sekretär des christlichen Textilarbeiterverbandes habe in einer Versammlung in Krefeld es als eine Frivolität bezeichnet, daß der sozialdemokratische Verband in Krefeld für eine bessere Entlohnung der Arbeiterinnen unter 22 Jahre eintrete. Diese Behauptung ist von A bis Z erlogen. Gebt dem sozialdemokratischen Streikbruchverbande, der die Schlechtigkeit seines Handelns mit Lügen und Verleumdungen zu verdecken sucht, die richtige Antwort. Heraus aus dieser Lügen- und Streikbruchorganisation.**

## Sinein in den christlichen Textilarbeiterverband!

Die gehegten Hoffnungen müssen nun begraben werden. Die größeren Bundesstaaten, insbesondere Preußen, machen Schwierigkeiten und bestreiten die Kompetenz des Reiches. Bereits während der Beratungen in der Wohnungs-Kommission wurde vom Direktor Lewald vom Reichsamt des Innern mitgeteilt, daß man zunächst mit Preußen ins Benehmen treten müsse. Das geschah, aber ohne Erfolg. Die größeren Bundesstaaten wollen die Behandlung der Wohnungsfrage in der Hand behalten, und die preussische Regierung hat durch die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes im Januar 1913 zu erkennen gegeben, daß sie einen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Wohnungsreform machen will. Bereits im Jahre 1904 ist in Preußen ein ähnlicher Gesetzentwurf veröffentlicht worden. Ob dem neuen Entwurf ein besseres Schicksal beschieden sein wird, steht dahin.

Der Widerstand einflussreicher, bundesstaatlicher Regierungen wirkt hemmend auf die Reichsgesetzgebung ein. Auch das Reichsamt des Innern wird zur Zurückhaltung genötigt. Staatssekretär Dr. Delbrück, der sich im Hinblick auf die traurigen Wohnungsverhältnisse und ihre schlimmen Folgen für weite Kreise des Volkes ziemlich stark für ein reichsgesetzliches Vorgehen engagiert hatte, hätte diese seine Tat beinahe mit dem Verluste seines Amtes büßen müssen. Es ist deshalb anzuerkennen, daß der Staatssekretär dennoch einige wohnungsreformatorische Maßnahmen von Reichswegen in Aussicht stellte. Es kommen in Betracht die Schaffung von Grundlagen für eine bessere und zweckmäßigere Kreditgewährung. Es ist dabei gedacht an die Errichtung eines großen Kreditinstitutes, an dem sich das Reich, die Bundesstaaten und die Banken beteiligen. Dann soll das Reich in Verbindung mit den einzelstaatlichen Regierungen die Bürgschaft übernehmen für die zweiten Hypotheken von Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50—90 Prozent des Gesamtwertes von Boden und Bauwerk. Der Reichstag hat durch Annahme einer Resolution im Januar 1913 bereits seine Zustimmung erteilt. In Aussicht genommen ist ferner eine Aenderung des Hypothekengesetzes zwecks möglicher Veleihung von Kleinwohnungsbauten im Erbbaurecht.

Das sind in Aussicht gestellte Maßnahmen, auf deren Verwirklichung noch gewartet werden muß. Ob dem Reichstag bis Ende dieses Jahres entsprechende Vorlagen gemacht werden können, das steht dahin. Eine gewisse Schuld daran, daß so recht nichts vorwärts gehen will, trifft die Wohnungsbedürftigen selbst; sie rühren sich viel zu wenig. Wir haben wiederholt angeregt, diese wichtige soziale Frage, wie sie die Wohnungsfrage unumstritten ist, auf Kongressen und Generalversammlungen unserer Gewerkschaften eingehender zu behandeln. Viel genügt hat es nicht. Vielleicht wäre es angezeigt, auf dem nächsten großen Kongresse der christlich-nationalen Arbeiterenschaft Deutschlands die Wohnungsfrage besonders herauszugreifen und behandeln zu lassen. Die Freunde einer gesunden Wohnungsreform dürften jedenfalls nicht erlahmen, immer und immer wieder auf die Notwendigkeit eines entsprechenden gesetzlichen Vorgehens hinzuweisen und alle Kreise der Gesellschaft aufzufordern, an der Lösung der Wohnungsfrage, als einer nationalen Frage, nach Kräften mitzuwirken.

S. P.

### Rückwirkende Bestimmungen in dem neuen Unfallversicherungsgesetz.

Für alle diejenigen, die bereits vor dem 1. Januar 1913 einen rentenberechtigten Unfall erlitten haben, aber noch nicht in den Genuß der Rente gelangt sind, ist es wichtig, zu wissen, daß die Reichsversicherungsordnung rückwirkende Kraft hat bei Entschädigungsansprüchen aus Unfällen, die vor ihrem Inkrafttreten (1. Januar 1913) passiert sind.

Der Artikel 60 des Einführungsgesetzes zur RVO. ist den Unfallberufsgenossenschaften und Unternehmerorganen, das geht aus ihren mehrfachen öffentlichen Äußerungen hervor, ein sehr unangenehmer Paragraph. Er besagt folgendes:

Die Vorschriften der RVO. sind, wenn sie für die Berechtigten günstiger ist, vorbehaltlich der Artikel 85, 87 bis 93, 96 bis 99, auf die erste Feststellung von Entschädigungsansprüchen aus Unfällen anzuwenden, die sich vor dem Inkrafttreten des dritten Buches der RVO. ereignet haben. Dies gilt jedoch nur dann, wenn der Berechtigte schon nach altem Rechte einen Entschädigungsanspruch hatte und über

diesen an jenem Tage noch nicht rechtskräftig entschieden ist. Für Entschädigungsansprüche, die im Falle der Lösung erwachsen, gilt Absatz 1 nur, wenn auch der Tod des Verletzten vor dem Inkrafttreten des dritten Buches der RVO. eingetreten ist. Wenn der Tod des Verunglückten nach dem 1. Januar 1913 eintritt, gilt sowieso die RVO., wenn der Unfall sich auch vor dem genannten Tage ereignet hat.

Praktisch wird dieser, den Verletzten günstige Artikel 60 des Einführungsgesetzes sich zunächst hauptsächlich daran zeigen, daß bei den schwebenden Entschädigungsansprüchen bei höher entlohnerten Arbeitern der Jahresarbeitsverdienst nicht wie vorher über 1500 M. nur mit einem Drittel, sondern erst über 1800 M. nur mit einem Drittel angerechnet werden darf. Auch bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes eines Verletzten, der noch kein ganzes Jahr vor dem Unfall im Betriebe arbeitete, hat die RVO. eine dem Verunglückten günstige Methode. Sie läßt den Jahresverdienst solcher Verletzten in der Weise berechnen, daß die Zahl der Tage, an denen der Verletzte im Betriebe beschäftigt war, mit dem durchschnittlichen Verdienst für den vollen Arbeitstag vervielfältigt und für die übrigen betriebsüblichen Arbeitstage des Jahres der durchschnittliche Verdienst zugezählt wird, den während dieser Zeit Versicherte der gleichen Art und Erwerbsfähigkeit im Betrieb oder in einem gleichartigen benachbarten Betriebe für den vollen Arbeitstag bezogen haben. Ist diese Berechnung eventl. nicht möglich, so ist der Jahresarbeitsverdienst durch Vervielfältigung der betriebsüblichen Zahl von Arbeitstagen im Jahre mit dem Lohn bzw. Entgelt zu berechnen, den der Verunglückte während der Beschäftigung im Betriebe durchschnittlich für den vollen Arbeitstag bezogen hat. In den meisten Fällen wird diese neue Art der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes für die Verletzten günstiger sein. Es sollte dieses jedoch an jedem einzelnen Falle geprüft werden. Schon die ersten Monate dieses Jahres haben bei der Spruchpraxis am Reichsversicherungsamt gezeigt, daß sich die Verletzten bei diesem neuen Modus besser stellen. Besonders erwähnenswert sind nach Anleitung der M. f. A. B. folgende Vorschriften der RVO., die nach Artikel 60 zugunsten der Verletzten angewendet werden können, wenn deren Fälle bereits vor dem 1. Januar 1913 anhängig gemacht waren:

1. Nach neuem wie nach altem Rechte ist der Versicherungsträger befugt, den Schadenersatz ganz oder teilweise zu versagen, wenn der Verletzte sich den Unfall beim Begehen einer Handlung zugezogen hat, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder ein vorzügliches Vergehen ist. Diese Befugnis des Versicherungsträgers hat das alte Recht in keiner Weise eingeschränkt. Infolgedessen konnte z. B. im Geltungsbereiche des preussischen Allgemeinen Vergesetzes der Anspruch des Verletzten auch dann abgelehnt werden, wenn eine Zuwiderhandlung gegen die Bergpolizeiverordnungen vorlag, da diese sich mit Rücksicht auf die Höhe der im erwähnten Vergesetz angedrohten Strafe als Vergehen darstellen. Die RVO. hat zugunsten der Versicherten bestimmt, daß die Verletzung bergpolizeilicher Verordnungen nicht als Vergehen in diesem Sinne gilt. Das Gleiche hat die RVO. hinsichtlich der Verletzung des § 93 Abs. 2, 3, der §§ 95 bis 97 der Seemannsordnung vorgeschrieben.

2. Die RVO. macht die Gewährung der Hinterbliebenenrente nur davon abhängig, daß der Verletzte infolge des Unfalls nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, also nicht von der weiteren Voraussetzung des alten Rechtes, daß der Verletzte infolge des Unfalls völlig erwerbsunfähig ist.

3. Von erheblicher Bedeutung kann auch in der Uebergangszeit die wichtige Vorschrift der RVO. sein, daß der Verletzte schlechthin als völlig erwerbsunfähig gilt für die Zeit, für die ihm die Krankenkasse, knappschaftliche Krankenkasse oder Ersatzkasse Krankengeld oder Krankenhauspflege gewährt hat, wenn der Versicherungsträger nach dem Beginne der 14. Woche nach dem Unfall die Fürsorge für den Verletzten nicht übernommen hat.

4. Die Vorschrift der RVO., daß sich die Renten der Hinterbliebenen, welche auf weniger als ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen haben festgesetzt werden müssen, weil mehr als drei an sich je zu einem Fünftel Berechtigte vorhanden waren, beim Ausscheiden eines von ihnen bis zum zulässigen Höchstbetrage erhöhen, war im alten Rechte nicht enthalten, entspricht aber der bisherigen Rechtsübung der RVO.

5. Das gleiche gilt von der Vorschrift der RVO. nach welcher auch der Ehefrau, deren Ehe mit dem Verletzten erst nach dem Unfall geschlossen worden ist, ein Anspruch auf Angehörigenrente eingeräumt ist. Günstiger gestellt als bisher ist der Berechtigte ferner dadurch, daß nach der RVO. die Rente noch für den Sterbemonat, den Monat der Wiederverheiratung und den Monat, der das Ruhen der Rente bringt, gezahlt wird.

Zwar sollen die Versicherungsbehörden prüfen, ob in der Uebergangsperiode in den einzelnen Fällen das neue Recht in den älteren bereits vor der Einführung der RVO. anhängig gemachten Fällen den Verletzten günstiger ist, und danach handeln. Aufgabe der Arbeitervertreter und der Verletzten muß es jedoch sein, selbst genau Obacht zu geben, daß die erwähnten günstigeren Bestimmungen wirklich rückwirkend angewendet werden.

### Allgemeine Rundschau.

#### Zum Färberkampf in Krefeld.

Unsere Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen zu der sozialdemokratischen Seite. Nach dem Grundsatze des früheren Vergarbeiterführers Müller: „Tretet die Führer vor den Bauch und streichelt die Mitglieder“, betreibt der sozialdemokratische Textilarbeiterverband zur Zeit im ganzen Lande eine wüste Seite gegen unsere Organisation. Namentlich versucht er, die Krefelder Färbereiarbeiter nach dieser Methode für sich zu gewinnen. Die gegenteilige Wirkung hat die sozialdemokratische Kampfesweise ausgelöst. Fester denn je stehen heute die christlichen Verbandsmitglieder, welche das verwerfliche Spiel der sozialdemokratischen Führer durchschaut haben, zu ihren Führern.

Dies bewies in erfreulicher Weise die Sonntag, den 20. April, in der „Reichshalle“ in Krefeld stattgefundene Versammlung der christlichen Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen. In dieser Versammlung wurde folgende Erklärung mit der Bestimmung, dieselbe der Öffentlichkeit zu übergeben, einstimmig angenommen:

„Sozialdemokratischerseits ist wiederholt behauptet worden, die Führer des christlichen Verbandes hätten ihre Mitglieder, insbesondere die Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen, verkauft. Des weiteren wäre seitens derselben der Arbeitgeberverband wie auch der Oberbürgermeister belogen worden.

Die Versammelten weisen diese Behauptungen als niederträchtige Verleumdungen und Lügen ganz entschieden zurück. Die Führer unseres Verbandes haben während der Färberbewegung in jeder Hinsicht korrekt und entsprechend den Beschlüssen der Färbereiarbeiter und Arbeiterinnen gehandelt.

Der seitens der sozialdemokratisch organisierten Färber ausgeübte Terrorismus aber hat es einem Teile unserer Verbandsmitglieder unmöglich gemacht, die gefaßten Beschlüsse in vollem Umfange durchzuführen.

Ein Schandfleck für den sozialdemokratischen Verband ist es, daß seine Mitglieder andersdenkende Arbeiter beschimpfen, bedrohen und terrorisieren. Dieses Vorgehen spricht jedem Gerechtigkeits- und Freiheitsgedanken Hohn.

Eine Niedertracht sondergleichen ist es, daß der sozialdemokratische Terror selbst vor hilflosen Arbeiterinnen nicht Halt macht.

Als eine Freigebigkeit muß es bezeichnet werden, daß die sozialdemokratischen Freiheitshelden, aus sicherem Hinterhalt heraus, Kinder aufwiegelten und dieselben auf anständige Arbeiter und Arbeiterinnen hetzten.

Die Versammelten erkennen nach wie vor die Stellungnahme des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands als die einzig richtige und im Interesse der Gesamtarbeiterenschaft liegende an.

Durch die vernunftwidrige Taktik der sozialdemokratischen Verbandsleitung aber ist die Gesamtarbeiterenschaft aufs schwerste geschädigt worden. Jeder weitere Streiktag erhöht diesen Schaden immer mehr, ohne andererseits auf irgend welchen Erfolg hoffen zu können. Die Fortführung des Kampfes ist deshalb eine Gewissenlosigkeit und Frivolität.“

Zu dem unglücklichen Tode unseres Kollegen Widmann bringt das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes eine Darstellung, die von A bis Z erfunden ist. Wir müssen es aus Keimlichkeitsgründen ablehnen, uns mit dem „Textilarbeiter“ in eine Auseinandersetzung über den Fall einlassen. Wir halten uns zu gut dafür, mit einem Blatt zu diskutieren, das nur mit Lügen und Verleumdungen zu arbeiten vermag und das sich mit Wohlgefallen im Gossendreck herumwälzt. Nur einige Feststellungen seien gemacht.

1. Die Darstellung des „Textilarbeiters“ über den unglücklichen Tod unseres Kollegen Widmann ist von A bis Z un wahr. P. ist vom roten Terror in den Tod getrieben worden. Die Staatsanwaltschaft hat die Sache bereits in der Hand. Sie wird die roten Lügen rücksichtslos aufdecken.

2. Kollege P. ist nicht aus Nahrung Sorgen in den Tod gegangen. Die Witwe P. hat uns erklärt, daß sie keine Nahrung Sorgen gehabt hätte. P. war so gestell, daß er auch bei einer Arbeitslosigkeit von einem Jahre keine Nahrung Sorgen gehabt hätte. Die Witwe des verunglückten Kollegen hat uns ferner erklärt, daß ihr Mann lediglich aus Furcht vor dem sozialdemokratischen Terrorismus in den Tod gegangen sein könne.

3. Kollege P. ist von unserm Verbands nicht gezwungen worden, arbeiten zu gehen. Er ist freiwillig und gerne der Verbandsparole gefolgt und hat auch tatsächlich zwei Tage gearbeitet. Dann hat er aus Furcht vor dem roten Terror die Arbeit wieder aufgegeben. Er hat dann von unserm Verbands Unterstützung bekommen, weil unsere Verbandsleitung sich überzeugen mußte, daß P. den guten Willen zur Befolgung der Verbandsparole hatte, aber vom roten Terror an der Arbeit behindert wurde.

4. Die Tatsache, daß Kollege P. Unterstützung erhalten hat, steht keineswegs im Widerspruch mit dem Beschluß unseres Zentralvorstandes, daß diejenigen sich als außerhalb des Verbandes stehend zu betrachten hätten, die bis zum 9. April die Arbeit nicht wieder aufnahmen. Die in diesem Beschluß angeordnete Maßregel galt selbstverständlich nur für diejenigen, die arbeiten konnten aber nicht wollten. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß diejenigen Färber weiter bei uns Mitglied bleiben konnten und auch unterstützt wurden, die den ehelichen Willen zur Befolgung der Verbandsparole gezeigt haben, aber infolge des sozialdemokratischen Terrorismus oder aus anderen stichhaltigen Gründen einfach nicht arbeiten konnten. Zu ihnen gehörte auch unser Kollege Widmann.

Zur Steuer der Wahrheit seien diese Tatsachen nochmals festgestellt.

Im Anschluß hieran geben wir einer Zuschrift Raum, die die „Niederrheinische Volkszeitung“ unterm 17. April „von beachtenswerter Seite aus Sichein“ erhält:

„Der Mann, welcher Montag den Tod im Rhein fand, ist der Färber Widmann von hier. Er verlor bei der Firma Durst u. Frey die Stelle eines Paders. 24 Jahre war er bei der Firma, die ihm das beste Zeugnis ausstellt, tätig. Bei der Frau des Verstorbenen und bei den Anwohnern steht es fest, daß ihn nur die infame Hege und die Drohungen seitens der Sozialdemokratie in den Tod getrieben haben. Treu der Parole des christlichen Verbandes: Wiederaufnahme der Arbeit, da kein genügender Grund zum Streik mehr vorhanden, nahm Widmann die Arbeit wieder auf. Als er aber abends die Arbeitsstätte verließ, wurde ihm dermaßen von den Streikenden zugesetzt, daß er sich in die Elektrische flüchten mußte. Am zweiten Abend kehrte er unter dem

Schutze der Polizei heim. Es wurden Drohungen von den begleitenden Arbeitern gegen ihn ausgestoßen. Er solle es nicht wagen, wieder arbeiten zu gehen. Auch machten an einem anderen Tage mehrere betrunkene Arbeiter Standal vor seinem Hause. Alles dieses hatte den P. sehr angegriffen. Er zitterte, wie die Frau berichtet, oft am ganzen Leibe und schloß sich vielfach in ein Dachzimmer ein. Er war seitdem ganz verstört. Montag wollte er wieder arbeiten gehen; er ging aber statt dessen nach Uerdingen. Der christliche Verband verliert in ihm ein treues Mitglied; die Gattin und Kind einen überaus guten Gatten und Vater. Mitleid der traurigen Fall wenigstens die gute Folge haben, daß man den christlichen Arbeitern die Freiheit läßt und sie nicht in so unverkämter Weise drangsalirt.“

Diese Darstellung deckt sich im großen und ganzen mit der unserigen.

**Noter Terror in Krefeld.** Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband streift die zahlreichen Terrorismussfälle seiner Mitglieder ab. Das im Gossendreck verbleibende Organ des Verbandes schreibt in seiner letzten Nummer, wir hätten in Nr. 16 der „Textilarbeiter-Zeitung“ — des „Schmierlappens“, wie sich das Blatt geschmackvoll ausdrückt — Märchen erzählt. Unsere Darstellung über sozialdemokratische Ansammlungen und Terrorismussfälle trügen den Stempel der Lüge und Liebestreibung an der Stirn, sonst hätten wir die einzelnen Fälle nicht anonym gebracht.

Wir wollen der Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nur sagen, daß ihr die von uns erzählten „Märchen“ noch recht lange sehr unangenehm in der Erinnerung sein werden. Mehrere der in diesen „Märchen“ handelnde Personen haben mit der Polizei schon sehr nahe Bekanntschaft machen müssen, zum Teil sind sie mit Strafmandaten und gerichtlichen Urteilen „beglückt“ worden. Gegen eine ganze Anzahl ist das Strafverfahren im Gange. Einer der Selben ist in der vorigen Woche wegen Belästigung, Bedrohung und Beschimpfung eines unserer Kollegen bereits zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Gegen denselben Hellden schwebt noch ein Verfahren wegen Beteiligung an den Schladgen, die unseren unglücklichen Kollegen P. in den Tod getrieben haben. Und wegen der Anonymität unserer Darstellungen braucht sich der „deutsche“ Verband auch keine Unruhe zu machen. Polizei und Staatsanwaltschaft kennen schon die Namen.

Wenn die sozialdemokratischen Kaufbolde und ihre Hintermänner glauben sollten, daß unsere Mitglieder ihren Instulen und Niederträchtigkeiten gegenüber vogelfrei und ohnmächtig seien, so befinden sie sich in einem groben Irrtum.

**Ein plumper Schwindel.** In einem vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband herausgegebenen Flugblatt wird ein Vergleich gezogen zwischen den Forderungen der Färber und den Zugeständnissen der Unternehmer. Das geschieht aber in einer ganz entstellten, irreführenden Weise. Es werden eine ganze Reihe von Punkten angeführt, die die Färber gefordert haben sollen, um durch diesen Vergleich die Zugeständnisse der Unternehmer recht gering erscheinen zu lassen. Das ist ein ganz plumper Schwindel. Berühmte glatt haben fallen lassen, weil sie an ihre Verwirklichung im Ernst gar nicht gedacht

haben. Als die Färber im Januar d. J. erneut die Tarifverhandlungen aufnahmen, haben sie jene Forderungen aus dem Vorjahre nicht mehr aufgestellt.

Die Eingabe am 27. Januar 1913 bezeichneten sie als „eine Basis, auf der eine Verständigung möglich“ sei. Sie gaben damit zu erkennen, daß sie in bezug auf die in dieser Eingabe aufgestellten Forderungen mit sich handeln ließen, denn sonst hätte es keinen Sinn, von einer Basis zu reden, auf der man sich verständigen könne. Nur die in dieser Eingabe erhobenen Forderungen kommen also ernsthaft in Betracht. Diese Forderungen waren folgende:

Für die Färbergefellten und Couleurfärber eine Lohnerhöhung von 2 M. für die ganze Tarifdauer; die Unternehmer bewilligten 1,50 M.

Für alle Arbeiterinnen eine Lohnzulage von 1 M.; die Unternehmer bewilligten für die Arbeiterinnen über 22 Jahre die geforderte 1 M.

Rund 200 Arbeiterinnen (unter 22 Jahre) sollten leer ausgehen. Diese aber waren zum allergrößten Teil erst während der Bewegung den Verbänden beigetreten; hatten also noch gar keine Opfer gebracht.

Die Lehrlinge waren in der letzten Eingabe gar nicht erwähnt.

Die Unternehmer bewilligten 2 M. für das erste und je 1 M. für jedes folgende Lehrjahr.

Eine Arbeitszeitverlängerung von 2 Stunden pro Woche war gefordert worden; 1 Stunde bewilligten die Unternehmer.

Alle gesetzlichen Feiertage sollten bezahlt werden;

die Unternehmer wollen acht bezahlen, das sind: Neujahr, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Buß- und Betttag, die beiden Weihnachtstage, Allerheiligen. Letzterer ist neu hinzugekommen.

Bezüglich der Stückfärber forderten die Färber eine Beziehung in den Tarif.

Die Unternehmer standen eine besondere Regelung der Löhne dieser Gruppe durch eine gemeinsame Kommission zu. Auch bezüglich des Endtermins des Tarifs wurde ein gangbarer Weg gefunden.

Die Lohnforderungen betragen im allgemeinen 9%; 7% bewilligten die Unternehmer. Die Lohnzulagen machten eine Gesamtsumme von 250000 M. aus. Der „deutsche“ Verband hat kaum jemals eine Bewegung von dem Umfang der Krefelder Färberbewegung mit solchen schönen Erfolgen abgeschlossen. Bei all seinen früheren Färberbewegungen hat er mit kleineren Zugeständnissen sich ohne Kampf zufriedengegeben. Ein ehrenvoller Abschluß der Bewegung war also möglich.

Nur mit Verstellungen und Verdrehungen vermag die Leitung des „deutschen“ Verbandes ihre Haltung zu verteidigen. Einen wirklich sachlichen und gewerkschaftlichen Grund hat sie noch nicht anführen können. Wahrscheinlich, es muß sehr schlecht um eine Sache stehen, die nur durch Verschweigen und Umbiegen der Wahrheit verteidigt werden kann.

Eine sozialdemokratische Schauermär brachte am Donnerstag, 24. April, die sozialdemokratische „Volks-Tribüne“ aus M.-Glabach. Dort soll der christliche Textilarbeiterverband „Arbeitswillige zwangsweise nach Krefeld abgeschoben haben“. Ferner soll in einer Versammlung erklärt worden sein, „wer nicht nach Krefeld arbeiten geht, erhält keine Arbeitslosenunterstützung mehr“.

### Drei Blumen.

Ich nahm aus junger, froher Traumeszeit  
Drei Blumen mit uns sturmbelegte Leben,  
Die mir der Freund, die vielgeliebte Maid  
Und meine Mutter auf den Weg gegeben.  
Ich sprach: So lange diese Blumen blühen,  
Wird auch das Herz der Geber für mich glücken!  
Und Tränen trübten meinen frohen Sinn,  
Bald ging mein letzter Hoffungsstrahl zu Ende:  
Da schwand zuerst des Freundes Blümlein hin,  
Dann welkte der Geliebten Blütenpende —  
Der Mutter Blume nur ist frisch geblieben.  
Die Mutter nur hört nimmer auf zu lieben!  
Johanna Zachariasiewicz  
(deutsch von Heinar Kuiterschmann).

### Du und deine Frau.

(Aus dem katholischen Arbeiterjahrbuch für 1913.)  
Und nun, lieber Freund, sitzen einmal hinein in deine eigene Häuslichkeit. Ich setze voraus, daß du keinen verstorbenen Kopf zur Frau hast, keine, die sich allerhand gelehrte Phrasen in den Kopf gesetzt hat; keine Emanzipierte, die ein Mann im Intercol sein möchte. Behüt dich Gott vor einem solchen Weib; denn weil ihr das Mannsein nicht gelangt, und weil sie kein Weib sein mag, ist sie nichts als ein an sich selbst verunglücktes Exemplar des Menschengeflechtes. So eine wird uns schon geschilbert im Nibelungenlied, dem altdeutschen Heldenlied. Sie heißt Brunhild; schlendert mit gewaltiger Wucht den Felsblock, wirft die Lanze wie ein Mann. Das Weibsein aber — das gefällt ihr nicht; ist ihr in der tiefsten Seele verhasst. Weist du, wie drinn der alte Dichter sie nennt? Eine Balandinne, d. h. eine Zenselin. Also ich setze vor-

aus, daß du keine Balandinne, sondern ein Weib gefunden hast, eine, die nichts mehr und nichts weniger sein will als ein treu liebend, sorgendes Weib.

Als Mädchen hat sie nicht geträumt von großer Politik, nicht von Frauenstimmrecht, nicht von Gesetzgebung und von höherem Frauenstudium. Das ist ihr zunächst gleichgültig gewesen. Aber eine kleine, gemütliche Häuslichkeit hat ihr vor der Seele gestanden, ein treu liebender Mann, eine blühende Kinderchar. Wenn davon geredet wurde im Arbeiterinnenverein oder in der Kongregation, dann hat sie die Ohren gespitzt. Wenn's geheißt hat: dafür müßt ihr Mädchen euch vorbereiten durch wirtschaftliche Schulung, durch Häuslichkeit und Pflichterene, dann ist sie gern dabei gewesen. War sie Dienstmädchen im herrschaftlichen Haus, hat sie nicht gedacht, daß sie auch einmal will ein herrschaftliches Haus haben, sondern ein Haus, das sie ganz allein regiert, ein kleines, liebes.

Dann bist du gekommen, hast ihr gefallen; hast ihr ganzes Interesse in Anspruch genommen. Ihr Gedante hat sich mit dir beschäftigt, sie hat für dich gebetet, hat sich für dich sein gemacht, daß du Sonntags sollst mit ihr Staat machen können; hat gewünscht, daß du schneidig sein sollst und sein, daß sie ihre Freundinnen fragen kann: „Seht, hab' ich keinen stattlichen, schneidigen Bräutigam?“ Hinterher, als ihr habt euren Hausrat gekauf, war sie gar bereit, Schulden zu machen, im Abschlagsgeschäft zu laufen. Es war ja gut, daß du gebremst hast; daß du gesagt hast: „Liebes Kind, es wäre töricht, sich schon gleich anfangs in Schulden zu setzen.“ Das war die Sprache der Besonnenheit; aber daß es jetzt wenigstens nett und gemächlich ist bei euch daheim, das dankst du doch der Sprache des Herzens, die deine Frau getan hat. Und wenn du vielleicht daran bist, ein eigenes Häuschen dir zu erwerben durch Hilfe des Bauvereins, sag' selbst, ist nicht deine Frau die Triebfeder dazu gewesen? Hat sie nicht mit ihrem Sinn fürs Häusliche deine Bedenken zerstreut?

Schweig, lieber Freund, dieser Sinn für Häusliche, fürs Herliche, fürs Gemütliche kann auch zu weit gehen. Komme bei deiner Frau zur unbilligen Eitelkeit fahren, zum

Schuldenmachen, zur Vorliebe fürs Unechte, für Glitter und Schein. Aber dafür hat dir dann der Herrgott den männlichen Verstand und den mehr aufs Praktische gerichteten Sinn gegeben, daß ihr vernünftig miteinander überlegen sollt, und wenn du sie machst zur Vertrauten deiner männlichen Denkungsart, daß du deine Pläne und Berechnungen nicht für dich behältst, sondern ihr etwas von deinem Geiste mitgibst, aber auch dafür etwas annimmst von ihr, so kommt ihr schon miteinander zurecht. Wenn aber in solchen Dingen der Mann den Ueberlegenen herauskehrt, wenn er gar mitleidig aufs Weib herabblüht, wenn er zornig wird und sagt: „Wollen sehen, wer Herr ist“, ja, Freund, dann zieht sich die Frau von ihm zurück, denkt gar, er liebt sie nicht, nimmt Rat von einer „guten“ Nachbarin, wird eigenständig, hinterhältig, und anstatt daß die Seelen von Mann und Frau ineinanderwachsen und sich zur Lebenseinheit zusammenschließen, tut sich die Kluft zwischen ihnen auf, die sie vielleicht zeitlebens voneinander trennt. Daß es dazu bei euch nicht kommt, liegt in deiner Hand.

Du hast dein Reich, das ist deine Arbeit, dein Beruf. Deine Frau hat auch ihr Reich, das ist ihre Küche, ihr Zimmer, ihr Haus. In deinem Reich hat die Frau nicht zu kommandieren: muß sich nach dir richten; ob sie des morgens um 1/27 Uhr den Kaffee fertig hat, ob du mittags zum Essen heimkommen kannst oder ob sie es dir im Jagen. Denksamen mitgeben muß, das ist deine Sache. Aber ob sie einen Mittag Bohnen Locht oder Spinat, ob sie dir Sauerkraut oder Erbsensuppe mit Speck zur Arbeitsstätte bringt, das gehört zu ihrem Reich. Da kannst du wohl einen fremdlichen Wunsch äußern, aber du müßt dich wohl hüten, daß du Wächterkommandant werden willst, wenn du ihr nicht willst die Freude an ihrer Hauswirtschaft verderben; abgesehen davon, daß du dadurch ein weiblicher Mann würdest und ebenso verächtlich in den Augen der Frau, wie eine „Balandinne“ es in deinen eigenen wäre. Mußt aber auch recht das Reich der Frau achten und schätzen lernen. Sie ist Gefinderin, sucht's immer besser zu machen. Strehnmeisterin, sucht mit dem Geld immer besser auszukommen, und je mehr Freude sie findet in ihrem Reich, desto besser ist's bestellt um dich und deine Kinder.

Auch sollen Mitglieder für jeden angeworbenen „Streitbrecher“ eine Mark Vergütung erhalten.  
 Alle diese Behauptungen sind unwahr und plumper Schwindel, wie man es seitens der Sozialdemokratie nicht anders gewohnt ist. — Es wird ferner behauptet, daß das Mitglied Schiffer (nicht Schiffer) auch Aufsichtsratsmitglied des christlichen Konsumvereins in M.-Glabbach ist. Auch diese Behauptung ist direkt erfunden. Derselbe ist weder im Aufsichtsrat noch überhaupt Mitglied im M.-Glabbacher Konsumverein. Das ganze Geschreibsel ist ein Ausfluß des unbändigen Hasses gegen die christliche Arbeiterbewegung, die sich dadurch aber weder einschüchtern noch in ihrem Handeln beeinflussen läßt.“

**Radikalismus und Anarchosozialismus bei den Textilarbeitern.** In den von dem Gewerbeverein christlicher Vergarbeiter herausgegebenen „Mitteilungen an die Vertrauensmänner“ lesen wir unter der obigen Überschrift folgendes:

„Die gleiche Entwicklung wie der alte Vergarbeiterverband macht der sozialdemokratische Textilarbeiterverband durch. Er hat sich in Krefeld ähnliche Leute erzogen, wie sie der alte Verband auf Lukas usw. hatte. Und mit ähnlichen Erfolgen, wie sich in den letzten Wochen zeigte.“

In Krefeld war eine Färberbewegung, und es kam zum Streik. Die Fabrikanten drohten mit der Aussperrung. Obwohl die Bewegung der Färber zu einem nach Lage der Verhältnisse befriedigendem Abschluß gebracht werden konnte, gingen die sozialdemokratischen Färber darauf nicht ein. Der christliche Verband hatte einen geringen Prozentsatz der Färber zu Mitgliedern. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband ließ ebenso wie der alte Verband im Ruhrgebiet seinen radikalen Elementen freien Lauf.

Einerseits aus Angst. Man fürchtet sich vor den Früchten der eigenen Erziehung. Dann aber wollte man auch gern dem christlichen Verband einen Schlag versetzen. Dieser wäre nämlich bei der Aussperrung fast fünfmal so stark beteiligt gewesen, wie der rote Verband.

Unsere christlichen Textilarbeiter haben aus der Sachlage die einzig mögliche Konsequenz gezogen, sie sind gegen den Strom geschwommen. Hätten sie anders gehandelt, wären sie den ungewerkschaftlichen anarchosozialistischen Anschauungen der Genossen gefolgt, so hätten sie damit sich geschädigt und unsere ganze Bewegung blamiert. Den vernünftigen Krefelder Textilarbeitern gebührt der Dank der Arbeiter und der vernünftigen Gewerkschaftsbewegung, weil sie dem schädlichen anarchosozialistischen Gedanken praktisch entgegenwirkten.“

**Ein Gegenstück zu dem Färberarbeiterstreik in Krefeld hat sich kürzlich im Bäckergewerbe in München abgepielt.** Die beiden Organisationen, der sozialdemokratische und der christliche Bäckerverband, bereiteten gemeinsam eine Lohnbewegung vor und sind auch, weil eine Einigung mit den Bäckermeistern nicht erzielt werden konnte, gemeinsam in den Streik getreten. Einige Tage danach wurde der Tarif schon von über 300 Bäckermeistern unterzeichnet, so daß die beste Aussicht bestand, für die Bäckergehilfen den Sieg davon zu tragen.

Da plötzlich, am 18. April, kaum 14 Tage nach Beginn des Streiks, stellte die Gauleitung des sozialdemokratischen Bäckerverbandes in München an die Leitung des christlichen Verbandes das Los abzubereiten, den Kampf plötzlich und bedingungslos abzubrechen. Als Grund wurde angegeben, es sei kaum mehr möglich, noch etwas herauszuholen und die Arbeitswilligen würden mit jedem Tage mehr. Tatsache ist, daß am 17. April 30 sozialdemokratisch organisierte Bäckergehilfen in einem der größten Bäckereibetriebe Münchens zu arbeiten anfangen und dadurch als Streitbrecher den kämpfenden Bäckergehilfen in den Rücken fielen. Daraufhin hat der sozialdemokratische Bäckerverband am 19. April in einer Beihilfenversammlung, in der es sehr stürmische Auseinandersetzungen gab, den Kampf bedingungslos abgewürgt. Selbstverständlich mußte auch unter diesen Umständen der christliche Verband, weil in der Minderheit, seinen Mitgliedern empfehlen, den Streik zu beenden. Dieses plötzliche Aufheben des Kampfes ohne Erfolg, löste bei den Bäckermeistern in München einen großen Jubel aus. Es wird kaum möglich sein, daß diejenigen Bäckermeister, welche bereits den Lohnarif unterschrieben haben, gezwungen werden können, diesen Tarif einzuhalten, da sie dadurch, gegenüber der Mehrheit der Bäckermeister, gewaltig geschädigt wären.

So haben denn nun die Bäckergehilfen Münchens es dem sozialdemokratischen Streikbruchverband zu verdanken, daß sie in eine tariflose Zeit hineingeraten sind.

Nun vergleiche man Krefeld und München! In Krefeld hatten die streikenden Färber 7% an Lohnerhöhung erreicht, die Arbeitgeber weigerten sich, weiter zu gehen und drohten mit einer großen Aussperrung. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband lehnte jede weitere Verhandlung, die von der Leitung des christlichen Verbandes anzubahnen versucht wurde, ab und führte den Streik weiter, während der christliche Verband es nicht verantworten konnte, unter den gegebenen Verhältnissen den Kampf weiter zu führen und so seinen Mitgliedern die Aufnahme der Arbeit empfahl. In München dagegen waren die besten Voraussetzungen gegeben, daß die noch ausstehenden Bäckermeister ein Entgegenkommen gezeigt hätten. Nachdem aber die sozialdemokratisch organisierten Bäckergehilfen scharenweise zu Streikbrechern wurden, da griff dann die Leitung des sozialdemokratischen Bäckerverbandes zu dem Mittel, den Streik bedingungslos abzubrechen.

**Der Dank des Freiherrn von Verleppsch.** In der „Sozialen Praxis“ (Nr. 28) flattert Freiherr von Verleppsch allen denjenigen seinen Dank ab, die am Tage seines 70. Geburtstages seiner gedachten und diesen Tag mit ihren Glückwünschen begleiteten. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Bei Vollendung des 70. Lebensjahres sind mir so zahlreiche freundliche Wünsche und Worte der Anerkennung zuteil geworden, daß ich außerstande bin, jedem ihrer Spender zu danken. Da sie mir aber viel zu wertvoll sind, um sie schweigend hinzunehmen, so bin ich genötigt, meinen Dank öffentlich und allen gemeinsam auszusprechen. Ich möchte dazu die „Soziale Praxis“ wählen, als das Organ der Gesellschaft für Soziale Reform, der wohl die meisten derjenigen angeschlossen sind, die meiner so freundlich gedachten, vor allem die, denen die Arbeit und das Streben der Gesellschaft gelten, die Arbeiter und Angestellten und ihre Vereinigungen.“

Wenn ich auf die Zeit zurückblicke, in der ich als Beamter und als Privatmann für die soziale Reform wirken durfte und zu meiner großen Freude und Vergnügung die Fortschritte sehe, die das rechte Verständnis für dieselbe gemacht hat, so muß ich gegenüber all der Anerkennung, die mir geworden ist, bekennen, daß andere, mächtigere Kräfte die großen Fragen der Hebung der Lage der Lohnarbeiter und Angestellten in ideeller, sittlicher und materieller Beziehung, der Eingliederung dieser mit der Entwicklung der Großindustrie neu entstandenen oder doch in ihren Lebensbedingungen völlig veränderten Berufsstände in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung ihrer Lösung entgegenzuführen. In tiefer Dankbarkeit gedenke ich hier des Umstandes, daß es Sr. Majestät dem Kaiser und König gefallen hat, mir im Jahre 1890 die Aufgabe zu stellen, der von ihm gewollten sozialen Reform, wie sie in den beiden allerhöchsten Erlassen vom 4. Februar 1890 vorgezeichnet ist, die Wege zu bereiten. In tiefer Dankbarkeit gedenke ich der Männer und Frauen, die sich in der Gesellschaft für Soziale Reform zusammenfanden, vor deren Tür sie ihre politischen und konfessionellen Gegensätze, die Unterschiede des Berufs, des Ranges und der Lebenslage niederlegten, um vereint dem letzten leuchtenden Ziel, der Unbahmung des inneren Friedens im Vaterlande, nachzustreben, der nicht anders als durch ausgleichende Gerechtigkeit für alle und wirksamen Schutz für die Schwachen und Hilfslosen erreicht werden kann. In tiefer Dankbarkeit gedenke ich der Bereitwilligkeit, mit der all die Organisationen und Vereine der Angestellten und Arbeiter sich uns angeschlossen, die mit uns fest und hoffnungsvoll an die Möglichkeit einer für sie erfolgreichen sozialen Reform unter Wahrung der vielen kostbaren Schätze glauben, die unsere Väter und Vorfäter dem lebenden Geschlecht hinterlassen haben, gedenke ich der Hingabe, mit der sie an der Lösung der Aufgabe, die wir uns stellten, mitarbeiteten. Sie erst gestalteten die Arbeit fruchtbar nach dem alten wahren Satz, daß man erfolgreich soziale Reform für die Arbeiter nur mit ihnen treiben kann.

In einem ausgezeichneten Buch, dem Leben Charles Kingsleys, fand ich ein Wort von Thomas Carlyle zitiert: „Blessed he who has found his work“, „Gefegnet, glücklich ist der, der seine Lebensaufgabe gefunden hat“. Zu diesen Glücklichen darf ich mich rechnen. Ich darf mich aber auch zu den noch Glücklicheren rechnen, die bei ihrer Lebensarbeit treue Gesinnungsgenossen, Helfer und gute Freunde gefunden haben. Sie sind es, die mir den Tag, an dem ich nach menschlichem Ausbruch in das Greisenalter eintrete, zum Fest gestalteten. Das sage ich nicht um der großen äußerlichen Ehrung willen, die mir zuteil wurde, so sehr sie auch mich erfreut hat. Wer mich kennt, weiß, daß ich sie nicht erstrebe, daß ich nicht nach Anerkennung und Dank hasche. Wer das tut, wer nicht nur der Sache, die er vertritt, dient, der ist kein rechter Sozialpolitiker, sondern ein Egoist, und Selbstsucht ist eine Eigenschaft, die dem am schlechtesten steht, der in Wälder berufen sein wird, vor Gott Rechenschaft für sein Dasein und sein Abzuliegen.

Rein, das, was mir den Dank, der mir zuteil wurde, so wertvoll macht, ist, daß er ein Zeichen von Vertrauen ist. Und Vertrauen gibt Mut und Kraft. Ich gebe es Ihnen allen, die Sie mir bisher treue Bundesgenossen waren, zurück mit dem Versprechen, daß, so lange mir Gott Kraft für die Arbeit läßt, ich nicht müde werden will, sie den hohen Zielen zu widmen, die wir uns gestellt, in der frohen und festen Zuversicht, dem Vaterland und meinen Mitmenschen so recht zu dienen.

Seebach, im März 1913. Frhr. v. Verleppsch.

**Der Generalstreik in Belgien.** Der mit einer ungeheuer großen Aufmachung in die Wege geleitete Generalstreik in Belgien ist nach 10 tägiger Dauer am 24. April abgebrochen worden. Die Worte: „Der treischnende Berg hat ein Mäuslein geboren“ können auf diesen Kampf mit vollem Recht angewandt werden.

Der Generalstreik in Belgien war von langer Hand vorbereitet. Ursprünglich für den November dieses Jahres geplant, brachten politische Gründe eine Verschiebung mit sich. Die Hoffnung, daß schon die Androhung des Streiks die Regierung zu Zugeständnissen bewegen würde, erfüllte sich nicht. So ging am 14. April der Generalstreik los. Er wurde „fürchtbar und unüberwindlich in seiner Wirkung sein“, versicherten die Genossen. Aber auch das ist anders gekommen. Nur ein geringer Teil der Arbeiter ist der Aufforderung zum Streik gefolgt. Die christlichen Gewerkschaften setzten dem Generalstreiksbeschluß die Parole entgegen: „Es lebe die Arbeitsfortsetzung! Generalstreik ist Generalunsinn.“ Aber auch die Sozialisten oder die unter sozialistischem Einfluß stehenden Arbeiter sind nur zum Teil der Streikparole gefolgt. Die Angaben über die Zahl der Streikenden schwanken außerordentlich und waren je nach dem Parteistandpunkt gefärbt, jedoch wird die

Biffer 300 000 wohl nicht überschritten worden sein. Wenn die Zahl der Feiernden in Wirklichkeit größer war, so lag es daran, daß viele Arbeiter infolge des Streiks aus technischen Gründen nicht arbeiten konnten. — Das also war nach dem „Vorwärts“ die grandiose Manifestation des belgischen Proletariats“. Immerhin hat der Streik ganz erhebliche Störungen des ganzen Wirtschaftslebens Belgiens und einen ungeheuren Verlust an Nationalwerten gebracht.

Am 24. April hat der Parteitag der belgischen Sozialdemokratie mit gut 800 von 1200 Stimmen den Abbruch des Kampfes beschlossen. Er soll nach den Aussagen seiner Verantworte seinen Zweck voll und ganz erfüllt haben. Man muß sich wirklich wundern über die Bescheidenheit der Genossen in diesem Falle. Der Generalstreik wurde unternommen zu dem Zwecke, eine Verfassungsrevision zu erzwingen, die anstelle des plutokratischen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht setze. Das wurde vor dem Kampf mit bombastischem Wortschwall als das große Ziel hingestellt, das unter allen Umständen erreicht werden müsse. Und „fürchtbar und unüberwindlich“ würde der Generalstreik in seiner Wirkung sein. Und der Erfolg? Die Kammer will eine Kommission einsehen, die das Wahlrecht für die Gemeinden und Provinzen studieren soll, und wenn sie eine bessere Formel als die gegenwärtige findet, könnten sogar für die Parlamentswahlen im Jahre 1914 die neu zu wählenden Abgeordneten ihre Wähler um ihre Meinung befragen. Sollten die Wähler sich im Sinne einer Revision aussprechen, dann würde sich wohl niemand einer Verfassungsrevision widersetzen.

Das ist der ganze Erfolg. Ein Versprechen auf die Zukunft, keine positive Zusage. Der „Vorwärts“ nennt den „Erfolg“ in seiner Nummer vom 23. April „eine sehr verlausulierte Formel, ein sehr vorsichtiges Zugeständnis, ein halbes Versprechen — mehr nichts“.

Hat es wirklich des Aufwandes und der ungeheuren Kosten des Generalstreiks bedurft, um dieses Resultat zu erzielen? Es zeugt wirklich von einem geringen Verantwortlichkeitsgefühl der führenden belgischen Sozialisten, daß sie zur Erzielung einer solchen in Wirklichkeit nichts sagenden Versprechung so ungeheure Werte preisgaben. Einige Führer der gemäßigten Richtung sind zwar von Beginn an gegen den Generalstreik gewesen, so Vandervelde und Huysmans, aber auch sie haben sich schließlich der radikalen Elemente gefügt.

Ob die belgischen Gewerkschaften durch den Generalstreik erheblich Schaden gelitten haben, wird sich erst später feststellen lassen. Im allgemeinen haben sie keine Unterstützung ausbezahlt. Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb schon vor mehreren Wochen, es sei selbstverständlich, daß während des Generalstreiks kein Entime an gewerkschaftlicher Unterstützung ausgezahlt werden solle. Ein derartiger Kampf dürfe „nicht wie ein Rechenexempel mit Unterstützungsfällen behandelt werden.“ Die in Belgien sehr erstarrten Konsumvereine haben etwas unterstützt. Ferner sind Volksküchen errichtet, die Kinder vieler Genossen zu Hunderten bei holländischen und französischen Genossen untergebracht worden. Schon Monate vorher wurden die Arbeiter ermahnt, zu sparen, damit sie für die Dauer des Generalstreiks nicht mittellos daständen. Ob's geholfen hat? Im übrigen hat man durch allgemeine Sammlungen Gelder aufzubringen versucht. Ein berühmtester belgischer Spielhöllebesitzer hat der sozialdemokratischen Streikasse 100 000 Mark zugeführt. Es ist ein Zeichen großer moralischer Faulnis innerhalb der belgischen Sozialdemokratie, daß sie von einem Zusammenstoß nimmt, der sein Vermögen auf eine Art zusammengebracht hat, die in vielen Kulturstaaten mit Zuchthausstrafe verfolgt wird. Dieser Spielhöllebesitzer hat seine „Spende“ öffentlich in der Presse bekannt gegeben und damit die Sozialdemokratie Belgiens gründlich bloßgestellt. Aber auch bei den Genossen gilt der Grundsatz: Geld stinkt nicht! Und wenns Blutgeld wäre.

**Folgen des Radikalismus.** Im Juli vergangenen Jahres haben die Züricher Sozialdemokraten einen Generalstreik inszeniert, wobei es zu schweren Ausschreitungen gegen andersdenkende Arbeiter gekommen ist. Jetzt kommt das dicke Ende nach. Der Große Stadtrat von Zürich hat sich kürzlich eingehend mit dem Generalstreik und seinen Begleiterscheinungen beschäftigt und Beschlüsse gefaßt, die dem sozialdemokratischen Terrorismus in Zukunft vorbeugen sollen. In diesen Beschlüssen wird u. a. der Stadtverwaltung die Erwartung ausgesprochen, daß sie „beim Ausbruche eines Streikes rechtzeitig und energisch für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Sorge.“ Arbeitswillige sind zu schützen. — Das Streikpostenstehen ist zu verbieten, wenn im Zusammenhang damit Arbeitswillige verfolgt, angegriffen, beschimpft, Sachbeschädigungen oder andere erhebliche Ausschreitungen durch Streikende begangen werden. — Sobald Anzeichen dafür vorliegen, daß ein Generalstreik geplant wird, sind die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um den ungeführten Fortbetrieb der öffentlichen Werke zu sichern und Personen und Eigentum in ausreichender Weise zu schützen.“

Ferner wird die Stadtverwaltung ersucht, dem Großen Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten bezüglich „einer Revision der Arbeitsordnung für die Arbeiter der städtischen Verwaltung, in dem Sinne, daß die städtischen Arbeiter gegen Verlastigungen wegen ihres politischen oder religiösen Verhaltens wirksam geschützt werden und die Neutralität der Arbeiterausschüsse gewährleistet wird.“

Wenn sich unter diesen vorbeugenden Maßnahmen solche befinden, die das Koalitionsrecht beeinträchtigen, so haben das einzig und allein die sozialdemokratischen Führer durch ihren maßlosen Radikalismus und brutalen Terrorismus verschuldet. Sie binden selbst die Rute, mit der sie gezüchtigt werden.

### Aus unserer Industrie.

#### Die Textilindustrie im neuen amerikanischen Zolltarif-Entwurf.

Einige deutsche Blätter veröffentlichen einen Auszug aus dem neuen amerikanischen Zolltarif-Entwurf. Danach sind die Zollermäßigungen namentlich für einige Textilwaren nicht unerheblich. Die demokratische Partei, die im Repräsentantenhaus die Mehrheit hat, hat den Entwurf akzeptiert. Es ist durch Underwood im Repräsentantenhaus eingebracht worden, und man erwartet, daß bis zum 11. Mai die Bill angenommen sein wird.

#### Die Zollsätze.

Wir geben nachstehend eine Gegenüberstellung nach dem bisherigen Payne-Adrich-Tarif und dem neuen Underwood-Tarif:

	Baumwollfabrikate	
	Payne-Adrich-Tarif	Underwood-Tarif
Baumwollgarne . . . . .	2 1/2 bis 1 St. per lb	5-25c
Baumwollpulengarne . . . . .	6c per Dhd.	15%
Ungebleichtes Baumwollzeug, per Du.-Yard	1 1/4-14 1/2c	7 1/2-27 1/2%
Gebleichetes Baumwollzeug, per Du.-Yard	2-14 1/2c	2 1/2%
Gefärbtes Baumwollzeug, per Du.-Yard	2-14 1/2c	2 1/2%
Baumwoll-Taschentücher . . . . .	45-70%	30%
Fertige Kleidung	50%	30%
Baumwollstrümpfe u. Manschetten, per Dhd.	45c und 15%	25%
Wäsche und Samt, per Du.-Yard	2c u. 25-47 1/2%	40%
Schürzen und Tischdecken	50%	35%
Maschinengestrickte Strümpfe	30%	20%
Mit der Hand gestrickte Strümpfe, per Dhd.	70c und 15-55%	35%
Baumwoll-Handschuhe, per Dhd.	50c und 40-50%	35%
Hemden u. Unterhosen, per Dhd.	60c und 15-50%	25%
Baumwoll-Tafeldecken	40%	25%
Baumwoll-Bettdecken	45%	25%
Baumwoll-Handtücher	45%	25%
Baumwoll-Spizengardinen, per Du.-Yard	3-8 1/2c und 20%	35-45%

#### Flachs, Hanf, Jute und Fabrikate.

Flachsfäden, per Pfd.	10-38 1/2c	25-30%
Flachsgarne, per Pfd.	6-45%	10-25%
Fußbodenmatten, per Du.-Yard	3 1/2c	2 1/2%
Teppiche, Du.-Yard	4-8c u. 30%	35%
Strümpfe u. Manschetten, per Dhd.	10c u. 20%	30%

#### Wolle und Wollfabrikate.

Rohwolle und Woll-Lumpen, bisher verschieden angefaßt, zollfrei		
Wollgarn, per Pfd.	27 1/2c u. 35% bis 38 1/2c u. 40%	20%
Wolltuch, per Pfd.	33c u. 50% bis 44c u. 55%	35%
Wolldecken und Flanelle, per Pfd.	22c u. 30% bis 33c u. 40%	25%
Frauen- u. Kinder-Kleiderstoffe, per Du.-Yard	7 bis 44c u. 50%	35%
Fertige Kleidung, per lb	44c u. 60%	35%
Wäsche und Samt, per lb	40c u. 55%	50%

#### Seide und Seidenfabrikate.

Nähseide	25%	15%
Taschen- und Halstücher	60%	50%
Seide, teilweise fabrikmäßig behandelt, per lb	35c	15c
Gespinnene Seide, per lb	35c bis 35%	35%
Samt und Wäsche, per lb	1 St. bis 45%	50%
Seidenband	50%	40%
Seidene Kleidung	60%	50%
Seidenfäden	45%	35%

#### Verschiedene Artikel.

Künstliche Blumen	60%	60%
Fächer	50%	50%
Zugerichtete Pelze	35%	30%
Pelz-Fabrikate	50%	40%
Lederwaren	40-50%	30%
Glace-Handschuhe	1.25 St. u. mehr	1 St. u. mehr
Regenschirme	50%	30%

### Der belgische Generalstreik und die Textilindustrie.

Der belgische Generalstreik hat nicht lange gedauert. Würde er sich wochenlang hingezogen haben, hätten sich in der internationalen Textilindustrie große Schwierigkeiten ergeben müssen und zwar im besonderen im Wollhandel, da die Wollwäschereien, Kammerereien und Garbneranstalten Belgiens die Textilindustriellen fast ganz Europas zu ihren Kunden zählen. Auch die Streichgarnspinnerei des Bezirkes von Brüssel sind bedeutende Lieferanten nach England, Deutschland und Rußland. Die Arbeiter der bezüglichen Fabriken sollen sich nach den letzten Meldungen dem Streike angeschlossen haben, so daß die Generalstreikungen bald ins Stocken geraten wäre. Auch der Hamburger, Berliner und Bremer Exporthandel bezieht aus Belgien wollene und baumwollene Gewebe, für deren rechtzeitige Lieferung die Fabrikanlagen schon die Verantwortung ablegten. Endlich sollen auch in Gent, das große Lieferungen von Flachsgarnen für Deutschland, England und Oesterreich übernommen hat, die Spinnereiarbeiter die Arbeit eingestellt haben. Infolge frühzeitigen Abbruches des Kampfes sind diese Besorgungen ja hinfällig.

### Die Rohstoffversorgung des Textilgewerbes.

Man kann nicht behaupten, daß die Konjunktur in den wichtigsten Zweigen des deutschen Textilgewerbes gegenwärtig beständig sei. Trotz des Zusammenbruchs der Baumwollpreise im Jahre 1911 und der Textil-

industrie nicht die seit Jahren herbeigesehnten besseren Zeiten beschieden gewesen. Kaum war der Druck des hohen Preisstandes am Rohstoffmarkt, der jahrelang den Geschäftsgang beeinträchtigt hatte, gewichen, da setzte die allgemeine Lebensmittelteuerung ein, die sehr ungünstig auf den Absatz von Fertigwaren zurückwirkte. An der Hochkonjunktur, die seit dem Jahre 1911 auf fast allen anderen Gebieten der gewerblichen Warenherstellung herrscht, hat die Textilindustrie nur einen ganz geringen Anteil gehabt. Die in absehbarer Zeit einsetzende wirtschaftliche Depressionsperiode wird jedoch auch an dem Textilgewerbe nicht spurlos vorübergehen. Auf diese Weise steht ein großer Teil der Textilfabriken nun schon seit mehreren Jahren im Zeichen einer latenten Krise, und es ist wenig Aussicht auf eine baldige durchgreifende Besserung des Geschäftsganges vorhanden. Die Baumwollindustrie, die gegen Ende des Jahres 1912 und auch noch im Januar 1913 größere Quantitäten Rohmaterial bezogen hatte als in früheren Jahren, sah sich in der Erwartung flatterer Konjunktur nur zu bald getäuscht. Sie hat im Februar ihre Rohstoffversorgung recht erheblich einschränken müssen. Bis zu einem gewissen Grade mag auch hier das erneute Anziehen der Baumwollpreise einen hemmenden Einfluß ausgeübt haben. Es kostete nämlich ein Doppelzentner Baumwolle im Monat Februar der Jahre 1908 bis 1913 durchschnittlich in Mark:

Februar	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Middling Upland	119,14	96,83	151,64	147,73	107,58	127,64
Good Omsawutte II	81,00	76,75	106,50	130,25	96,63	111,76

Man darf hoffen, daß sich die deutschen Baumwollverbraucher den meist von Amerika ausgehenden Preistreibern gegenüber diesmal reservierter verhalten als bei der letzten Baumwollkaufe. Erfahrungsgemäß hat gerade die deutsche Industrie gewöhnlich die Kosten derart struppeliger Spekulationen am Warenmarkt zu tragen, da zur Zeit noch jede Möglichkeit fehlt, die von Großspekulanten beeinflussten Saatenstands- und Ernteberichte aus den Baumwolldistrikten zu kontrollieren. Die Eindeckung mit Rohmaterial war infolge der bisherigen Zurückhaltung der deutschen Baumwollindustrie bereits wesentlich geringer als im Vorjahre. Die aus Ein- und Ausfuhr berechnete Versorgung des deutschen Marktes mit Rohbaumwolle stellte sich nämlich in den ersten beiden Monaten der Jahre 1909 bis 1913 auf Doppelzentner:

Januar/Februar	1909	1910	1911	1912	1913
Verf. mit Baum.	1.043.968	831.033	927.473	1.176.944	1.030.967
Zu resp. Abn.	-212.935	+156.440	+189.471	-65.977	

Der Wert der diesjährigen Baumwolleinfuhr betrug 129,97 Mill. M. gegen 121,40 Mill. M. im Vorjahre. Die Preise für Wolle stehen gegenwärtig ebenfalls recht erheblich über dem vorjährigen Niveau. Am Berliner Markt ist der Durchschnittspreis für deutsche Wolle von 335 M. im Februar 1912 auf 360 M. im laufenden Jahre gestiegen. Australischer Kamzug kostete in Berlin 545 M. pro Doppelzentner gegen 485 M. im Vorjahre. In ähnlicher Weise haben sich auch die Preise der übrigen Sorten gehoben. Soweit sich die Versorgung des Inlandsmarktes mit Wolle aus der Handelsstatistik berechnen läßt betrug sie im Doppelzentner:

Januar/Februar	1909	1910	1911	1912	1913
Verf. mit Wolle.	478.698	486.133	496.141	491.391	546.985
Zu resp. Abn.	+7.535	-49.992	+55.250	+5.594	

Rohseide hat im allgemeinen ihren vorjährigen Preisstand behauptet. Im Februar 1913 kostete durchschnittlich 1 kg italienische Trame 40 M., japanische Trame 39 M. und chinesische Trame 36 M. Die Jutepreise sind zum Teil im Vergleich zum Vorjahre gestiegen. Nur die sehr gangbare Marke RFe zeigt einen Preisrückgang um 2 M. pro Doppelzentner. Hanf kostete im Februar 1913 durchschnittlich 90 M. pro Doppelzentner gegen 86 M. im Vorjahre. Die Versorgung des deutschen Marktes mit diesen Rohmaterialien hat im laufenden Jahre nur teilweise eine Steigerung erfahren.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Arbeitslosenberichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosenberichtersteller in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 26. April, Arbeitslosenfesttag für den Monat April war. Die an diesem Samstag arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen. Die Berichtskarte (graue Monatskarte) muß spätestens vier Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale eingesandt werden. Man vergesse nicht, die genaue Mitgliederzahl der Ortsgruppe am Schluß des Monats anzugeben.

#### Die Zentralkasse.

Das letzte Mal haben nicht berichtet:  
 Aus dem Bezirk Krefeld: Hüls, Schaag, Bierfen, Willich.  
 M. Gladbach: Keine.  
 Aachen: Eynatten, Haaren, Rott.  
 Barmen: Engelskirchen.  
 Bocholt: Stadlohn.  
 Münster-Westfalen: Greven, Ibbenbüren, Lohne.  
 Hannover: Döhren-Wülfel.  
 Schlesien: Reichenbach.  
 Sachsen: Chemnitz, Rünnersdorf, Leipzig.  
 Limburg, Plauen, Sorau.  
 Bamberg: Weilersbach.  
 Augsburg: Keine.  
 Württemberg: Goppingen, Ravensburg, Schefflingen, Wangen.  
 Baden: Baisersbach, Eittingen, Freiburg.  
 Westfalen: Reichenbach, Mitteln, Schlittenbach.  
 Elsaß: Erlais, Saishausen, Lambrecht, Meheral, Ragweiler, Oggersheim, Rothau, Worms.

### Aus unseren Bezirken.

#### Aus dem Blumental.

Konferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter in Buhl. Die Konferenz, die unser Verband am 20. April in Buhl im Lokale Hofenlopp für die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute abhielt, erfreute sich trotz des herrlichen Wetters, das Alt und Jung in Gottes freie Natur lockte, eines guten Besuches. Kollege Simon gab in seinem Vortrage einen Ueberblick über die bisher geleistete Arbeit, die erzielten Erfolge und die Aussichten in dem Gebiet, das für das neue Lokalsekretariat Gebweiler in Betracht kommt. Manches sei schon erreicht worden. Indes könne das Erreichte keineswegs befriedigen, denn die Zahl derer, die dem christlichen Textilarbeiterverband noch fern stehen, sei sehr groß. Diese gelte es in Zukunft zu gewinnen, was nicht zu schwer fallen wird, wenn alle in Betracht kommenden Faktoren, Sekretariat und Mitglieder, recht eifrig zusammenarbeiten.

Der Wille zu entschuldener Arbeit kam in der recht lebhaften Diskussion, die dem Vortrage folgte, bei allen zum Ausdruck. Dieser Wille verbürgt auch Erfolge für die Zukunft.

Pflicht der christlich gesinnten Arbeiterschaft ist es nun, ihren organisierten Mitarbeitern und Arbeiterinnen die Arbeit zu erleichtern und sich samt und sonders dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter anzuschließen. In der Mitgliedschaft zu diesem Verbands liegt der Schlüssel zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

#### Eine Arbeiterinnenkonferenz im Bezirk Münster.

Am Sonntag, den 20. April, fand in Münster die erste Arbeiterinnenkonferenz unseres Bezirkes statt. An derselben beteiligten sich aus den verschiedenen Ortsgruppen 41 Kolleginnen. Der Bezirksleiter, Otto Kamps, begrüßte dieselben und hieß alle Erschienenen herzlich willkommen. Zu gleicher Zeit führte er ihnen ein statistisches Bild vor Augen, welches zur Evidenz bewies, daß in der Agitation noch manches gechehen muß. Es sei jedoch ein guter Stamm Kolleginnen vorhanden, und so bestehe die Hoffnung, daß die Zukunft uns gelode. Auch berichtete Kollege Kamps über die verräterische Streikaktion der Sozialdemokraten in Krefeld. Hierauf erhielt die Kollegin Harber das Wort zu einem Vortrage über Arbeiterinnenagitation. Angehend von dem Standpunkt, daß der Industrie jährlich 55.000 Arbeiterinnen neu zugeführt werden, erkenne man nur zu deutlich, wie notwendig eine systematische Agitation unter den Arbeiterinnen sei. Die Textilindustrie gebrauche, besonders die Spinnerei, jugendliche Arbeiterinnen, und so sei es zu verstehen, daß am meisten jugendliche Arbeiterinnen zwischen 14 und 16 Jahren dort anzutreffen seien. Der Prozentsatz der Arbeiterinnen vergrößere sich von Jahr zu Jahr im Verhältnis zu den männlichen Arbeitern. Unsere Aufgabe müsse es sein, diese der Organisation zuzuführen. Als Hauptagitationsmittel nannte sie die Hausagitation; gewiß sei dieses nicht immer leicht, aber wenn man mit Mut und Ausdauer zu Werke gehe, würde der Erfolg nicht ausbleiben. Ferner wurde die Fabrikagitation empfohlen; auch hier müsse die Arbeiterin ihre Person in den Dienst der guten Sache stellen. Um aber die Agitation überflüssig zu gestalten, sei es praktisch, wenn überall Berichterstatterinnen gewählt würden. Ueber diesen müsse eine Bezirksberichterstellerin stehen, die wiederum die Korrespondenz mit der Zentrale erledige. Wenn so mit frischen Mut an die Arbeit gegangen würde, könne der Erfolg nicht ausbleiben. Die Diskussion ergab, daß die Kolleginnen mit den Vorschlägen inhaltlich einverstanden waren. Man einigte sich dahin, daß die Berichterstatterinnen von den Ortsgruppen, dagegen die Bezirksberichterstellerin sofort zu wählen sei. Aus der Wahl ging die Kollegin Katharina Winter aus Embsdellen hervor. Dieselbe nahm die Wahl an und versprach ihr ganzes Können in den Dienst der guten Sache zu stellen. Im Schlußwort ermahnte Kollege Kamps alle Beteiligten, treu zu unserer Sache zu stehen und die gefaßten Beschlüsse gewissenhaft durchzuführen.

#### Berichte aus den Ortsgruppen.

Ahaus. Gegen den sozialdemokratischen Arbeiterverrat in Krefeld. Unsere hiesige Ortsgruppe hielt am 13. April eine Versammlung ab, in der Kollege Beyer Cronau über die Krefelder Bewegung sprach. Einleitend schilderte Redner die Entstehung der Färbereiarbeiterbewegung, des ferneren die Machtstellung, welche sie innerhalb der Arbeiterbewegung einnimmt, da die anderen Kategorien, wie Spinner und Weber, auf dieselben angewiesen sind. Zum eigentlichen Thema übergehend, führte Redner etwa folgendes aus: Da der alte Tarif abgelaufen war, mußte ein neuer ausgearbeitet werden. Der sozialdemokratische Verband hatte 90% der Färberei organisiert, die übrigen 10% waren Mitglieder des christlichen Verbandes. Beide Verbände reichten gemeinsam einen neuen Tarif ein, in welchem eine Verbesserung um 9% vorgesehen war. Da ihnen nicht genügend Entgegenkommen gezeigt wurde, reichten beide gemeinsam die Kündigung ein, welche von den Arbeitgebern mit der Ausperrung beantwortet wurde. Im Laufe der Bewegung machte der Verband der Färbereiarbeiter verschiedene Zugeständnisse, weitere Verbesserungen sollten im Sommer noch erfolgen. Der christliche Verband gab sich nicht dem Bewilligten, welches etwa 7% ausmachte, zufrieden, nicht so die Sozialdemokraten. Eine mühe Agitations- und Hezarbeit wurde von letzteren veranstaltet, um die christlichen Arbeiter zum Weiterstreiken zu bewegen. Man ging sogar soweit, daß man den Mitgliedern des christlichen Verbandes sagte: „Wenn ihr weiter streikt, dann bezahlen wir für euch die Unterhaltung“, was mit einem „Wai!“ aus der Versammlung beantwortet wurde. Die Vergangenheit und Gegenwart beweisen es, daß es den Arbeitern nicht um eine Verbesserung des Arbeiters zu tun ist, am liebsten lassen sie die Bewegungen verfrachten. Auch hier haben wir wieder dasselbe Bild. In demselben



